

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Verbot von Abgangsentschädigungen für Kader in der
Bundesverwaltung und bundesnahen Unternehmen (Pa.lv. 22.453)**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Verbot von Abgangsentschädigungen für Kader in der Bundesverwaltung und bundesnahen Unternehmen (Pa.lv. 22.453), 2022 - 2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Institutionen und Volksrechte	1
Bundesverwaltung - Organisation	1

Abkürzungsverzeichnis

SPK-SR Staatspolitische Kommission des Ständerats
SPK-NR Staatspolitische Kommission des Nationalrats

CIP-CE Commission des institutions politiques du Conseil des États
CIP-CN Commission des institutions politiques du Conseil national

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Bundesverwaltung – Organisation

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 09.11.2022
MARC BÜHLMANN

Mit ein Grund für den Beschluss der SPK-NR, eine parlamentarische Initiative für ein **Verbot von Abgangsentschädigungen in der Bundesverwaltung** einzureichen, dürfte die Ablehnung der Deckelung der Kaderlöhne durch den Ständerat gewesen sein. Mit dem neuen Anliegen sollten zwar keine Lohnobergrenzen festgelegt, aber so genannte «goldene Fallschirme» verunmöglicht werden. Dieser Punkt war bereits im Rahmen des abgelehnten Vorstosses diskutiert worden. Die SPK-NR strebte eine Revision des Bundespersonalrechtes an, mit der Abgangsentschädigungen für Geschäftsleitungsmitglieder sowie Kaderpersonal in der Bundesverwaltung und in Unternehmen und Anstalten des Bundes nur noch in begründeten Ausnahmefällen zugelassen würden.

Weil die SPK-SR diesem Ansinnen aber mit 9 zu 2 Stimmen keine Folge geben wollte – in der Medienmitteilung machte die Kommission deutlich, dass sie «an der Linie fest[halte], die sie bereits mit der Ablehnung der Vorlage zur Einführung von Höchstlöhnen für Bundeskader» vertreten habe –, werden die Räte darüber befinden müssen.¹

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 17.02.2023
MARC BÜHLMANN

Sie nehme zur Kenntnis, dass die SPK-SR nicht für ein **Verbot von Abgangsentschädigungen in der Bundesverwaltung** zu gewinnen sei, erklärte die SPK-NR in einer Medienmitteilung Mitte Februar 2023. Mit 17 zu 7 Stimmen entschied sie sich entsprechend, die eigene parlamentarische Initiative zurückzuziehen.²

1) Medienmitteilung SPK-NR vom 1.7.22; Medienmitteilung SPK-SR vom 9.11.22

2) Medienmitteilung SPK-NR vom 17.2.23